

Inhalt

Vorbemerkung	3
Einleitung	9
Dokumentation der Diskussion über die Privatisierung öffentlicher Aufgaben*	33
1. Öffentliche Hand	33
1.1 Bundesregierung	33
1.11 Bundesregierung warnt vor übertriebenen Erwartungen	33
1.12 Bundeskanzler Schmidt äußert Skepsis	35
1.13 Staatssekretär Haehser sieht wenig Spielraum für Entlastung der öffentlichen Finanzen	36
1.2 Beratungsorgane des Bundes	38
1.21 Wissenschaftlicher Beirat beim BFM hält Verringerung öffentlicher Ausgaben durch Privatisierung für möglich	38
1.22 Sachverständigenrat für Revision der Staatstätigkeit ...	47
1.23 Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel für Ausbau öffentlicher und privater Leistungen	51
1.3 Länder	53
1.31 Wirtschaftsminister Westphal (Schleswig-Holstein) befürwortet weitgehende Übertragung	53
1.32 Staatsminister Heubl (Bayern) für „Entsozialisierung“	56
1.33 Landesregierung Rheinland-Pfalz für „Entstaatlichung“ öffentlicher Aufgaben	60
1.34 Berliner Senat schließt im Rahmen von Sparmaßnahmen Privatisierung nicht aus	67
1.4 Kommunale Spitzenverbände	69
1.41 Städte- und Gemeindebund: Kleine Gemeinden greifen vielfach bereits auf private Leistungsträger zurück	69
1.42 Städtetag formuliert Bedingungen für Privatisierung ...	73
1.43 Landkreistag für differenzierte Beurteilung	76
1.44 OB Deimer (Bayer. Städteverband) kritisiert Ideologisierung der Debatte	77
1.5 Verbände öffentlicher Wirtschaft	78
1.51 Zehn Thesen des Verbandes öffentlicher Unternehmen zur Stellung der kommunalen Versorgungsunternehmen	78

1.52	Hans Koschnick: Privatisierung zielt auf Gewinne der Versorgungswirtschaft	80
1.53	Vorstand der GÖWG: Privatisierung der Gewinne, Verstaatlichung der Verluste untragbar	82
1.54	Beirat der GÖWG: Privatisierung kein Mittel zum Abbau von Haushaltsdefiziten	83
1.55	Öffentliche Banken bekennen sich zu ihrer Zweckbestimmung	90
2.	Bundestagsparteien	92
2.1	SPD	92
2.11	„Orientierungsrahmen '85“ für aktive Rolle des Staates bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse	92
2.12	Jungsozialisten sehen in der Zurückdrängung des Staates Gefährdung der Reformpolitik	93
2.13	Parteivorstand wirft CDU/CSU Angriff auf den Sozialstaat vor	95
2.14	Kommunalpolitisches Organ bestreitet Sanierung der Gemeindefinanzen durch Privatisierung	101
2.15	Sozialdemokratische Juristen: Sozialstaatsprinzip erfordert Ermächtigung des Staates zu umfassender Sozialgestaltung	104
2.2	CDU	106
2.21	Elmar Pieroth sieht in sozialen Gesichtspunkten kein Hindernis für Reprivatisierung	106
2.22	„Mannheimer Erklärung“ für umfassende Entlastung des Staates	108
2.23	Kommunalpolitisches Grundsatzprogramm will wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand einschränken	111
2.24	Kommunalpolitisches Aktionsprogramm	113
2.25	Sozialausschüsse gegen einseitige Privatisierung	114
2.26	Bundesfachausschuß Innenpolitik legt Privatisierungskatalog vor	115
2.27	Junge Union fordert Entstaatlichung	120
2.28	Christian Schwarz-Schilling für privaten Rundfunk als Korrektiv	122
2.3	F.D.P.	124
2.31	Graf Lambsdorff will Denkanstöße für Privatisierung geben	124
2.32	Bundesfachausschuß für Wirtschaft: Öffentliche Hand darf wirtschaftlich nur subsidiär tätig werden	127

2.33 Leitlinien zur Kommunalpolitik: Kommunale Betriebe dürfen kein Selbstzweck sein	129
3. Gewerkschaften	130
3.1 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	130
3.11 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB zu Kosten und Leistung des öffentlichen Dienstes	130
3.12 DGB-Wahlprüfsteine '76: Ablehnung aller Privatisierungsbestrebungen	134
3.13 DGB-Grundsatzklärung: Keine Vorteile für öffentliche Finanzen, Bevölkerung und Arbeitnehmer	135
3.14 Vorschläge des WSI des DGB für eine gewerkschaftliche Gegenstrategie	138
3.15 WSI des DGB: Volkswirtschaftliche Kosten führen zur Ablehnung fast aller Privatisierungsvorschläge	141
3.2 DGB-Einzelgewerkschaften	142
3.21 Heinz Kluncker (ÖTV): Privatisierung – eine neue Masche, die Bürger zu schröpfen	142
3.22 ÖTV-Gewerkschaftstag: Privatisierte Betriebe zielen auf Gewinnmaximierung, nicht auf Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge	146
3.23 ÖTV-Gewerkschaftstag gegen Abbau und für Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs	150
3.24 Post-Gewerkschaft für Paket-Monopol bis zu zehn Kilogramm	151
3.25 Eisenbahner-Gewerkschaft gegen Privatisierung von Teilen des öffentlichen Dienstes	153
3.26 Eisenbahner-Gewerkschaftstag gegen Privatisierung des Bahnbus-Dienstes	155
3.27 HBV: Keine Verstaatlichung, aber mehr Kontrolle der Banken	158
3.28 RFFU für öffentlich-rechtliche Struktur von Rundfunk und Fernsehen	160
3.3 Deutscher Beamtenbund (DBB)	160
3.31 Privatisierung muß im Zusammenhang mit anderen Möglichkeiten der Verwaltungsrationalisierung gesehen werden	160
3.32 Privatisierungsdiskussion hat bürokratie- und beamtenfeindlichen Kern	161
3.4 Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)	163
4. Wirtschaftsverbände	163
4.1 Bankenverband: Privatisierung darf kein Tabu mehr sein	163

4.2 ZDH fordert Privatisierung der Regietätigkeit der öffentlichen Hand	164
4.3 Handwerksinstitut: Private Kfz-Werkstatt arbeitet billiger als öffentliche Regiewerkstatt	167
4.4 Private Städtereinigungsbetriebe für Privatisierung der Entsorgung	169
4.5 Institut der Deutschen Wirtschaft: Privatisierung kann öffentliche Dienste entlasten	173
5. Sonstige Interessenverbände	176
5.1 Institut „Finanzen und Steuern“: Sanierung von Bahn und Post durch Privatisierung	176
5.2 Bund der Steuerzahler legt umfassenden Katalog zur Entstaatlichung vor	178
5.3 Institut für Mittelstandsforschung erwartet gesamtwirtschaftliche Einsparungseffekte	180
5.4 Privatisierung von Rechtsprechung durch Schlichtungsstellen für ärztliche Kunstfehler?	182
5.5 Hartmannbund gründet „Freie Medizinische Hochschule“ ...	183
6. Höchststrichterliche Entscheidungen	186
6.1 Bundesverfassungsgericht: Rundfunk als öffentliche Aufgabe	186
6.2 Bundesverwaltungsgericht: Zur wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden	188
7. Aktuelle Privatisierungsfälle kommunaler Einrichtungen in der Kontroverse	192
7.1 Vorbemerkung	192
7.2 Beispiel Kölner Schlachthof	193
7.21 Bund der Steuerzahler: Eine gelungene Privatisierung	194
7.22 P. Baum: Professionelles Management arbeitet weitaus effizienter als die Verwaltungsbürokratie	195
7.23 E. Rimmel: Wirklichkeit ist sehr viel komplizierter	198
7.24 DBB-Gutachten über kommunale Schlachthöfe bezweifelt geringere Leistungsfähigkeit öffentlicher Einrichtungen	200
7.3 Reinigung öffentlicher Gebäude	203
7.31 ZDH: Verbilligung der Hausreinigung durch Privatisierung	203
7.32 WSI des DGB zu den unterschiedlichen Arbeitsbedingungen in öffentlichen und privaten Reinigungsbetrieben	203
7.33 Arbeitsgericht Oldenburg: Kündigungen aufgrund Privatisierung dürfen nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten gehen	207